RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Gesundheit
Herrn Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7533
VORLAGE

DER MINISTER

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

6. Juni 2025

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102-0007#2024/0005-1501 MB Bitte immer angeben!		Lucas Muth lucas.muth@mwg.rlp.de	06131 16-2871 06131 16-2997

40. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 27.05.2025

TOP 9: Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem wächst
Antrag der Fraktion der CDU
nach § 76 Abs. 2 GOLT - V 18/7372 -
hier: schriftliche Berichterstattung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der o. g. Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt.

Lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin sind eine wesentliche Ursache für eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem. Dies zeigt die aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse im Rahmen des „TK-Meinungspulses 2025“, bei der bundesweit 2.052 Personen ab 18 Jahren befragt wurden. Dies betrifft nicht nur Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Bundesländer, sondern das gesamte Bundesgebiet.

Es gab zwar eine regionenspezifische Auswertung für die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Die Umfrage der TK erstreckte sich aber auf das gesamte Bundesgebiet. In ihrer Pressemitteilung spricht die TK von einem „Frust über Facharzt-Termine“. Die Wartezeiten seien für 62 Prozent der Befragten ein Problem.

Die Unzufriedenheit mit dem Zugang zu Facharztterminen ist also kein Rheinland-Pfalz spezifisches Problem und kann hier auch nicht grundlegend gelöst werden, sondern muss auf Bundesebene angepackt werden.

Das Thema spielte daher – unabhängig von den Umfrageergebnissen – in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eine größere Rolle. Wir hatten schon in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses über die Wege zu einer besseren Terminverfügbarkeit bei Fachärztinnen und Fachärzten diskutiert und gemeinsam festgestellt, dass eine schlichte finanzielle Eigenbeteiligung für jeden Arztbesuch kein zielführender Ansatz wäre und die Koalitionspartner auf Bundesebene zu Recht andere Wege verfolgen.

Auf der Grundlage der guten Erfahrungen mit der hausarztzentrierten Versorgung wollen die Koalitionspartnerinnen u.a. ein „verbindliches Primärarztsystem bei freier Arztwahl durch Haus- und Kinderärzte“ aufbauen. Das Ziel ist eine „möglichst zielgerichteten Versorgung der Patientinnen und Patienten und für eine schnellere Terminvergabe“.

Bereits am 21. März 2025 hatte der Bundesrat in einer Entschließung zu einer gleichberechtigten Terminvergabe in Arztpraxen die Bundesregierung aufgefordert, zu prüfen, durch welche gesetzlichen und gegebenenfalls untergesetzlichen Anpassungen ein gleichberechtigter Zugang von gesetzlich und privat Krankenversicherten zur ambulanten medizinischen Versorgung sichergestellt werden kann. Wir haben die Erwartung an die Bundesgesundheitsministerin hier schnell effektive Änderungen in der Patientensteuerung wie das Primärarztmodell und die Termingarantie umzusetzen.

In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass die große Mehrheit der vom Forsa-Institut befragten Personen, eine Zweiteilung in „gesetzlich“ und „privat“ Krankenversicherte ablehnen (83 Prozent sagen „einheitlich ist gerechter“), was sicherlich auch in einem Zusammenhang mit der unbefriedigenden Verfügbarkeit von Facharztterminen für die Mehrheit der Versicherten in Verbindung stehen dürfte. Sie kennen meine positive Haltung zur Einführung einer Bürgerversicherung gut.

Die Umfrage zeigt aber auch, dass rund 80 Prozent der Befragten mit dem Angebot an Hausarztpraxen zufrieden sind. 89 Prozent der Befragten fänden es gut oder sehr gut,

wenn Pflegekräfte oder medizinisches Fachpersonal bestimmte ärztliche Aufgaben übernehmen.

Gemäß den Schlussfolgerungen der TK aus der Umfrage sind die Menschen aufgeschlossen für digitale Lösungen: 81 Prozent buchen Arzttermine online oder würden es gerne tun. 77 Prozent füllen Bögen zur Krankengeschichte digital aus oder würden es gern tun und 75 Prozent der Menschen wollen laut der Befragung die elektronische Patientenakte (ePA) bestimmt oder wahrscheinlich nutzen. 68 Prozent haben schon Videosprechstunden mit Ärztinnen oder Ärzten durchgeführt oder würden es gerne tun.

Generell ist zu unterscheiden zwischen digitalen Anwendungen für die Versicherten und digitalen Steuerungselementen wie insbesondere eine digitale Ersteinschätzung des medizinischen Bedarfs, die von der Umfrage aber nicht erfasst wurden. Eine solche fordert die TK, damit Patientinnen und Patienten schneller Arzttermine erhalten. Wer dringend behandelt werden muss, solle zudem über eine digitale Terminplattform schnell einen Termin bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch